NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr

Medienmitteilung

Bern, 14. Oktober 2025

Sicherheit, Wirtschaft und Freiwilligkeit gefährdet

Breites Bündnis lehnt Service-Citoyen-Initiative ab

Am 30. November stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Service-Citoyen-Initiative ab. Sie verlangt, dass flächendeckend alle Bürgerinnen und Bürger einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit oder der Umwelt leisten müssen. Vertreterinnen und Vertreter von Links bis Rechts engagieren sich aus unterschiedlichen Gründen gegen dieses Bürgerdienst-Experiment. Die Vorlage schadet der echten Freiwilligkeit, schadet der Armee und schadet der Wirtschaft.

Ende November entscheidet die Schweiz darüber, ob alle Bürgerinnen und Bürger einem Dienstzwang unterstellt werden sollen. Die «Service Citoyen»-Initiative ist gut gemeint, verfehlt aber ihr Ziel. Wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft, unserer Sicherheit und unserer Wirtschaft würden geschwächt. Deshalb stellt sich eine breite Allianz von Links bis Rechts diesem Anliegen entgegen.

Sicherheit und Armee im Zentrum

Reto Nause, Nationalrat der Mitte und Präsident der Allianz Sicherheit Schweiz, betonte am Dienstag, 14. Oktober 2025 an einer überparteilichen Medienkonferenz, dass die Initiative die bewährten Strukturen der Dienstpflicht aus dem Gleichgewicht bringe: «Die Initiative schwächt das Milizsystem, statt es zu stärken. Sie gefährdet die nationale Sicherheit, untergräbt das freiwillige Engagement und belastet die Wirtschaft massiv.»

Das Ende der Wehrpflicht

Auch Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP) warnte vor sicherheitspolitischen Risiken. Durch eine Ausweitung des Dienstes auf die gesamte Bevölkerung würde die Armee geschwächt, anstatt gestärkt. FDP-Nationalrat Heinz Theiler unterstrich, dass die Alimentierung der Armee oberste Priorität haben müsse: «Nur eine gut aufgestellte Armee kann die Sicherheit des Landes gewährleisten. Die Initiative führt zu Doppelspurigkeiten, zusätzlicher Bürokratie und einem Verlust an Effizienz.»

Soziale und arbeitsmarktliche Folgen auf Kosten der echten Freiwilligkeit

Aus Sicht der SP und der Grünen steht der Schaden für faire Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit im Vordergrund. Für die SP ist es inakzeptabel, Frauen zu mehr unbezahlter Arbeit zu verpflichten, da sie heute bereits den grössten Teil der Care-Arbeit leisten. Die Grünen wiesen insbesondere auf die Problematik der Zwangsarbeit und die Einschränkung der individuellen Freiheit hin. «Die Initiative verkauft Zwang als Solidarität. Wer wirklich Engagement fördern will, muss Freiwilligkeit stärken – nicht Menschen

zu einem Dienst verpflichten», sagte Balthasar Glättli, Nationalrat der GRÜNEN. Andrea Zryd, SP-Nationalrätin ergänzte «Bei dieser Initiative handelt es sich vor allem um mehr Tieflohnarbeit für Frauen. Sie würden wie Männer zum Dienst gezwungen, obwohl sie nach wie vor jedes Jahr Lohndiskriminierungen erleben. Echte Gleichstellung bedeutet mehr als gleiche Pflichten auferlegen.»

Wirtschaft warnt vor Fachkräftemangel und Mehrkosten

Gemäss Bundesrat würden sich die Kosten für den Erwerbsersatz auf rund 1,6 Milliarden Franken pro Jahr erhöhen. Auch die Ausgaben für die Militärversicherung würden auf rund 320 Millionen Franken jährlich steigen. Diese Mehrkosten müssten von Arbeitgebern, Arbeitnehmenden und der öffentlichen Hand getragen werden. Der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Severin Moser, machte deshalb deutlich, dass die Initiative den Arbeitsmarkt empfindlich treffen würde: «Mit der Service-Citoyen-Initiative würden doppelt so viele Personen wie heute Dienst leisten und während dieser Zeit am Arbeitsplatz fehlen. Das verschärft den Fachkräftemangel, verursacht Produktivitätsverluste und zwingt Unternehmen zu teuren Ersatzlösungen». Zudem führt ein solcher Dienst auch zu einer verstärkten Konkurrenzierung des freien Marktes und der in den entsprechenden Branchen tätigen Unternehmen, aber auch zu Mehrbelastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein überparteiliches Nein

Das Nein-Lager vereint Vertreterinnen und Vertreter aus allen politischen Lagern – von der SVP über die Mitte und die FDP bis hin zu SP und Grünen – sowie Exponentinnen und Exponenten aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Sicherheitsorganisationen. «Diese Initiative schränkt Freiheitsrechte ein, gefährdet Arbeitsplätze und schwächt unsere Armee und den Zivilschutz. Sie zerstört die Kultur des freiwilligen Engagements, die unsere Gesellschaft stark macht», fasste Reto Nause zusammen. Deshalb wird die Allianz Sicherheit Schweiz unter seiner Führung die Nein-Kampagne des bürgerlichen Lagers leiten.

Kontakte

› Reto Nause, Nationalrat Die Mitte und Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, +41 79 439 90 57
› Colin Vollmer, Responsable de projets Campagnes & médias SP Schweiz, +41 31 329 69 85
› Luzian Franzini, Generalsekretär Grüne Schweiz, +41 79 781 77 36
› Alice Späh Geschäftsführerin Allianz Sicherheit Schweiz, +41 79 759 56 55
› Marcel Schuler, Kampagnenleiter bürgerliche Kampagne, +41 79 589 22 22

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Service-Citoyen-Initiative: Warum ein NEIN notwendig ist

Reto Nause, Nationalrat Die Mitte, Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, Mitglied SiK-N

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Am 30. November 2025 stimmt die Schweiz über die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)» ab. Diese verlangt, dass flächendeckend alle Bürgerinnen und Bürger einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit oder der Umwelt ableisten. Dabei spielt es keine Rolle, ob dieser Dienst in der Armee, in der Betreuung oder für den Klimaschutz geleistet wird – das Einsatzfeld ist völlig frei. Es würden de facto mehr Menschen rekrutiert, es stünden aber wegen der Einsatzbreite viel weniger Personen für unsere Sicherheit zur Verfügung. Die Wehrplicht wird abgeschafft – der Konflikt zwischen Militär- und Zivildienst wird zusätzlich verschärft. Den Preis dafür zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. So werden wir Bürgerlichen argumentieren.

Heute stehen hier aber Vertreterinnen und Vertreter aus allen politischen Lagern, aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Sicherheitsbereich, um aufzuzeigen, warum diese Initiative zum Wohl unseres Landes abgelehnt werden muss – sowohl von den Bürgerlichen und den Linken. Auch Bundesrat und Parlament lehnen den Bürgerdienst-Zwang klar ab.

Bevor ich an meinen Kollegen der SVP abgebe, erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung, warum ich den Bürgerdienst-Zwang ablehne: Die Schweizer Dienstpflicht erfüllt einen klaren und unverzichtbaren Auftrag. Sie stellt sicher, dass Armee und Zivilschutz jederzeit einsatzbereit sind. Diese Einsatzbereitschaft ist keine Selbstverständlichkeit – sie ist das Ergebnis von Pflichtbewusstsein, Ausbildung und Solidarität. Genau diese Strukturen geraten mit der Initiative in Gefahr. Denn der geplante Bürgerdienst würde viel mehr Menschen verpflichten, als Armee und Zivilschutz überhaupt brauchen. Junge Erwachsene müssten Aufgaben übernehmen, die keinen Bezug zur Landesverteidigung oder zum Bevölkerungsschutz haben.

Die weiteren Rednerinnen und Redner werden nun im Detail auf die wichtigsten Punkte gegen die Initiative eingehen – auf die sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen dieser Initiative. Ich gebe weiter an meinen SVP-Kollegen, Jean-Luc Addor

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Ein nutzloser Dienst, der unsere Sicherheit bedroht

Jean-Luc Addor, Nationalrat (SVP/VS), Mitglied SiK-N

Die Initiative will allen Schweizerinnen und Schweizern – ja sogar Ausländern, unabhängig von ihrem Status – die Pflicht auferlegen, einen Dienst zugunsten der Gemeinschaft, aber auch der Umwelt, zu leisten, verbunden mit der Verpflichtung im Falle der Nichterfüllung eine Wehrpflichtersatzabgabe zu bezahlen. Braucht unser Land in diesen unruhigen Zeiten wirklich einen solchen «Bürgerdienst»?

Ein nutzloser Dienst
Sie werden verstehen, dass ich es anderen überlasse zu erörtern, in welcher Konkurrenz ein solcher Dienst zum Zivildienst stünde – jenem Dienst, der ursprünglich als Ersatz für den Militärdienst für Menschen mit Gewissenskonflikten geschaffen wurde.

Mit einem derart breiten Kreis von Dienstpflichtigen würde dieser Dienst übermässig viele theoretische Einsatzkräfte bereitstellen. Seine Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft, weit grösser als jene des Militär- oder Zivilschutzdienstes, wären untragbar. Die Betroffenen würden von ihrer Familie und von ihrer qualifizierten Arbeit ferngehalten, um Aufgaben zu übernehmen, für die sie weniger geeignet sind als jene, die diese Tätigkeiten tagtäglich im Berufsleben ausüben. Diese billige, um nicht zu sagen kostenlose, Arbeitskraft würde gegenüber der Privatwirtschaft eine massive Wettbewerbsverzerrung bewirken: eine Art parallele Amateurwirtschaft, verbunden mit einem ausgeprägten Lohndumping-Effekt. Noch schlimmer: Weder die Wirtschaft noch die staatlichen Stellen haben ein Bedürfnis nach unqualifizierten Arbeitskräften, die unter Zwang eingesetzt werden. Wie andere europäische Länder muss auch die Schweiz ihre eigene Sicherheit stärken; doch im Initiativtext ist nirgends von Sicherheit die Rede, sondern nur von einem sehr vagen «Dienst an der Gemeinschaft» und «zum Schutz der Umwelt».

Mit Zielen, die nicht mehr auf die Verteidigung und den Schutz der Bevölkerung beschränkt wären, käme dieser Dienst einer Form der Zwangsarbeit gleich, die gemäss EMRK verboten ist.

Wir haben in diesem Land keinen sogenannten «Bürgerdienst» gebraucht, um uns in grossem Umfang ehrenamtlich zu engagieren. Gerade dieser Dienst würde jedoch eine ernsthafte Bedrohung für das freiwillige Engagement darstellen – es sei denn, man wollte diese Art von «verpflichtender Freiwilligenarbeit» weiterhin als Freiwilligkeit bezeichnen, was sie selbstverständlich nicht wäre.

Es ist auch von Gleichstellung zwischen Männern und Frauen die Rede. Doch wer glaubt ernsthaft, dass die Frauen dieses Landes – deren häusliche Arbeit ohnehin zu wenig anerkannt und gewürdigt wird – sich darauf freuen, zusätzlich noch einen «Bürgerdienst» leisten zu müssen?

Man kann sich zudem fragen, ob ein solcher Dienst tatsächlich einen Fortschritt der Gesellschaft bedeuten würde – eine Frage, die man sich schon zur Zeit der Französischen Revolution stellte, als die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde.

Eine Bedrohung für die Personalbestände unserer Armee

Die Herausforderung, vor der unser Land heute im Hinblick auf unsere Sicherheit steht, besteht darin, die Personalbestände der Armee und des Zivilschutzes sicherzustellen.

Ein «Bürgerdienst» würde dazu nichts beitragen – Ganz im Gegenteil.

Indem er die Dienstpflicht auf Ziele ausweitet, die nichts mit unserer Sicherheit zu tun haben, würde ein solcher Dienst die Rekrutierung einer ausreichenden Zahl von Soldaten und Zivilschutzangehörigen zusätzlich erschweren und gegenüber diesen wichtigen Diensten eine erhebliche Ungleichbehandlung schaffen. In einer Zeit wie der heutigen, in der sich die Bedrohungslage zuspitzt, wäre ein solcher Dienst völlig fehl am Platz – ja, geradezu überholt. Er würde ein erhebliches Risiko für unsere Armee und damit für unsere Sicherheit schaffen, und das ausgerechnet jetzt, wo überall in Europa die Verteidigungsstrukturen und Armeen gestärkt werden – nicht aber irgendwelche vagen «Dienste für die Gemeinschaft» oder «die Umwelt».

Um Präsident Kennedy zu paraphrasieren: Wenn sich heute Schweizerinnen und Schweizer fragen, was sie für unser Land tun können, dann ist die Antwort eindeutig: die Personalstärke unserer Armee und unseres Zivilschutzes stärken.

Darum gilt es, am 30. November NEIN zu sagen zu diesem nutzlosen Dienst, der unsere Sicherheit bedroht.

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

NEIN zu mehr unbezahlter Arbeit für Frauen

Andrea Zryd, Nationalrätin SP, Mitglied SiK-N

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Initiantinnen und Initianten stellen den Service Citoyen als Förderung von Zusammenhalt und Gleichstellung dar. Tatsächlich aber handelt es sich zuerst mal um mehr Tieflohnarbeit für Frauen: Sie würden wie Männer zum Dienst gezwungen, obwohl sie nach wie vor jedes Jahr Lohndiskriminierungen in Milliardenhöhe erleben und – über das Leben gerechnet – einen Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten. Echte Gleichstellung bedeutet mehr als gleiche Pflichten auferlegen. Zusätzlich würde die professionelle Care-Arbeit entwertet, wenn Fachpersonal in Spitälern, Pflegeheimen, Schulen oder Kitas durch Billigarbeitskräfte ersetzt werden kann und es drohen sowohl ein Qualitätsverlust bei der Betreuung unserer Seniorinnen, Senioren und Kinder als auch Lohndumping bei Fachkräften.

Im Jahr 2024 haben in unserem Land laut BFS 28'000 Frauen eine berufliche Grundbildung abgeschlossen. Diese sollen mit ihren erworbenen Fähigkeiten in den Arbeitsmarkt zu einem vollen Lohn einsteigen können, statt ein Jahr für minimalen Lohn in einem möglicherweise ganz anderen Feld so genannten Dienst leisten zu müssen.

Ein weiterer Punkt ist die Schwächung der Freiwilligenarbeit und des Vereinswesens. Die Schweiz verfügt dort traditionell über eine starke Kultur. Gerade dieses Engagement würde durch den Service Citoyen Schaden nehmen. Viele junge Menschen leisten heute schon Freiwilligenarbeit, sei es in Sportvereinen, kulturellen Projekten, bei der Jugendarbeit oder auch im Rahmen von politischem Engagement in der Gemeinde oder in Parteien. Ein obligatorischer Dienst lässt daneben weniger Zeit und Energie für freiwillige Einsätze übrig, das Resultat: Vereine haben mehr Nachwuchsprobleme, der Zusammenhalt im Dorf, der Nachbarschaft oder der sozialen Gruppe wird nicht stärker, sondern nimmt sogar ab.

Zuletzt noch: Als Sicherheitspolitikerin ist für mich fragwürdig, wie ein solcher Pflichtdienst bei den realen Herausforderungen unserer Armee und Gesellschaft helfen soll. Schon heute haben die Armee, der Zivilschutz und der Zivildienst ihre Aufnahmekapazitäten erreicht. Wenn wir als Zahlenbeispiel die 20-jährigen nehmen, also grob das Alter, in dem man diesen Dienst antreten würde: 2024 gab es laut BFS 35'000 Schweizer und 33'000 Schweizerinnen im 20. Altersjahr. Werden also die Frauen auch zum Dienst verpflichtet,

braucht es zunächst einmal doppelt so viel Bürokratie wie heute, um diese Personen an passende Einsatzplätze einzuteilen und, im Fall von Tätigkeiten bei Gemeinden, Kantonen oder Bund, für ihren Einsatz auszubilden und das Jahr hindurchzubegleiten. Das Plus: Der Lohn der Dienstleistenden verursacht Kosten, die die öffentliche Hand tragen muss.

Das Initiativkomitee meint, der Service Citoyen könne die Einsatzbereitschaft der Armee stärken und den Zivildienst modernisieren, um etwa bei der Cyberabwehr oder der Bewältigung von gesellschaftlichen Spannungen mitzuhelfen. Aber das sind hochkomplexe Themenfelder, die Expertise verlangen. Hier Personen einzusetzen, die nicht dafür ausgebildet sind und je nachdem gar nicht da sein wollen, hilft überhaupt nicht. Unsere Sicherheit gehört in die Hände von motivierten Profis!

Solidarität und Engagement sind wichtig – doch die Service-Citoyen-Initiative setzt auf das falsche Mittel. Statt Zwang braucht es Arbeitsbedingungen und Löhnen in der Pflege, im Sozialwesen und in der Bildung. Und endlich echte Gleichstellung für Frauen. Darum lehnt die SP Schweiz die Service-Citoyen-Initiative entschieden ab.

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Sicherheit braucht eine starke Armee

Heinz Theiler, Nationalrat FDP.Die Liberalen Schweiz, Mitglied SiK-N

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Auch ich begrüsse Sie herzlich und danke Ihnen für Ihr Interesse. Auf den ersten Blick mag diese Initiative sympathisch wirken. Sie verspricht mehr Menschen für die Sicherheit unseres Landes und spielt auf die Alimentierung der Armee an. Nur eine personell und organisatorisch gut aufgestellte Armee kann die Sicherheit unseres Landes garantieren. Die Service-Citoyen-Initiative gefährdet genau das: Sie verwässert die Dienstpflicht, überfordert die Strukturen der Armee und schwächt die militärische Einsatzbereitschaft.

Schon heute ist deutlich erkennbar: Die Armee kämpft mit Rekrutierungsproblemen. Es braucht gezielte Massnahmen, um die Sollbestände zu sichern – aber sicher keinen allgemeinen Bürgerdienst. Mit dem Bürgerdienst-Zwang verdoppelt sich zwar die Zahl der Dienstpflichtigen über Nacht, aber eine Stärkung der Armee bedeutet das nicht. Die Folge wäre künstlich geschaffene Tätigkeiten, die keinen sicherheitspolitischen Nutzen bringen. Damit die Armee einsatzbereit ist, braucht sie einen verlässlichen personellen Bestand. Wenn neben dem Militärdienst auch ein beliebiger Einsatz in der Betreuung oder für den Klimaschutz möglich ist, lässt sich der Bestand unserer Armee nicht mehr garantieren.

Mit der bestehenden Militär- und Zivilschutzdienstpflicht alimentiert der Staat Sicherheitsorgane mit klar definiertem Verfassungsauftrag. Die Initiative schweigt sich darüber aus, wie mit dem «Service Citoyen» die Bestände von Armee und Zivilschutz nachhaltig alimentiert werden sollen. Wir interpretieren die Idee der Initianten, diese entscheidende Herausforderung dem Gesetzgeber zu überlassen, als Ratlosigkeit, wie mit dem letztendlich unvereinbaren Gegensatz von Freiwilligkeit und Priorisierung der Armeebestände umgegangen werden könnte.

Die Initiative lässt zudem zentrale Fragen offen: Wie lange sollen die Einsätze dauern? Wer entscheidet, was als Dienst zählt? Wer kann Einsätze vom Klima-Dienst in die Armee verschieben, wenn es die Sicherheit unseres Landes bedarf? Solange diese Fragen unbeantwortet bleiben, schafft die Initiative keine Sicherheit, sondern Unsicherheit und Konflikte – sowohl für die jungen Menschen, die verpflichtet würden, als auch für die Institutionen, die auf zuverlässige Strukturen angewiesen sind.

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Die Schweiz hat ein bewährtes System: eine starke Armee, einen verlässlichen Zivilschutz und einen sinnvollen Zivildienst. Diese Strukturen müssen wir weiterentwickeln, nicht durch einen Zwangsdienst ersetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Echte Freiwilligkeit fördern statt Zwang und Lohndumping

Balthasar Glättli, Nationalrat GRÜNE, Mitglied SiK-N und SPK-N

Wir GRÜNE stehen in der Tradition des zivilgesellschaftlichen Engagements. Wir sind überzeugt, dass eine Gesellschaft nicht nur durch den Staat zusammengehalten wird, sondern durch das vielfältige, freiwillige Engagement der Menschen. Sei dies im privaten Rahmen in der Familien- und Betreuungsarbeit, sei dies im Quartier, im Sport- und Kulturbereich oder auch in politischen Interessegruppen.

Auf den ersten Blick tönte deshalb das Projekt der Service Citoyen-Initiative für viele grün denkende Menschen verlockend. Sie will den Sicherheitsbegriff ausweiten auf klimatische und soziale Herausforderungen. Und gibt vor, das bürgerschaftliche Engagement aufzuwerten.

Wenn man das Päckli aber öffnet, ist da drin nicht mehr bürgerschaftliches Engagement, sondern mehr staatlicher Zwang. Mit der neuen «Bürgerdienstpflicht» müssten alle Schweizer*innen einen sechsmonatigen Pflichtdienst leisten, prioritär in der Armee und im Zivilschutz, wenn dort der Bedarf gedeckt ist, auch im Sozial- oder im Umweltbereich.

Die vier Hauptgründe, warum die GRÜNEN klar Nein sagen zur Service Citoyen-Initiative:

1. Zwang statt echter Freiwilligkeit

Wir GRÜNE kämpfen seit langem dafür, dass der Zivildienst auch Frauen offensteht. Diese Entscheidung muss jedoch freiwillig bleiben. Ein erzwungener Dienst ist kein Engagement, sondern Zwangsarbeit.

2. Keine freie Wahl, sondern Vorrang der Armee

Der Initiativtext gibt der Armee und dem Zivilschutz den absoluten Vorrang. Somit könnten sämtliche Bürgerdienstpflichtigen, also auch Frauen, zum Militärdienst gezwungen werden. Schlimmer noch: Die Initiative schafft auch den Zivildienst als Alternative zum Militärdienst ab. Das ist ein eklatanter Widerspruch zum Grundrecht auf Gewissensfreiheit.

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

3. Rückschlag für die Gleichstellung

Frauen leisten heute zwei Drittel der unbezahlten Carearbeit in der Schweiz. Ihnen zusätzlich einen obligatorischen Dienst ohne angemessene Entlöhnung aufzuerlegen, führt nicht zu mehr Gleichstellung, sondern es verstärkt die Ungleichheiten.

4. Risiko für faire Löhne

Wenn jährlich mindestens 35'000 Menschen zusätzlich einen Zwangsbürgerdienst leisten müssen, hätte dies auch soziale und wirtschaftliche Probleme zur Folge. Wer garantiert, dass die Bürgerdienstleistenden nicht «echte Arbeitsplätze» konkurrenzieren? Das würde das Risiko von Lohndumping erhöhen, und dies vorab in Bereichen, in denen heute überwiegend Frauen beschäftigt sind – ebenfalls kein Beitrag zur Gleichstellung!

FAZIT: Die Service Citoyen-Initiative will unter dem Deckmantel der Solidarität eine Zwangsmassnahme durchsetzen. Wir GRÜNE wollen das freiwillige Engagement fördern, den Zivildienst stärken und Freiwilligenarbeit für die Gemeinschaft und die Umwelt stärker wertschätzen. Darum klar und deutlich: NEIN zur Service Citoyen-Initiative.

NEIN zum Service Citoyen
Allianz Sicherheit Schweiz
c/o Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
8032 Zürich

Sperrfrist: 14. Oktober 2025, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Schaden für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Severin Moser, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sicherheit der Schweiz basiert auf dem Milizsystem. Unter anderem auf einer Milizarmee, in der Schweizer und Schweizerinnen neben ihrem Beruf ihren Dienst leisten, und damit integraler Bestandteil unserer Landesverteidigung sind. Zur Sicherheit tragen auch weitere Organisationen massgeblich bei, darunter die Polizei, aber auch etwa die Feuerwehr und der Bevölkerungsschutz. Auch hier oft nach dem Milizprinzip.

Für Männer besteht im Militär Dienstpflicht. Nach einer 18-wöchigen Rekrutenschule bleiben die Armeeangehörigen während zehn Jahren in der Armee eingeteilt und leisten insgesamt 245 Tage Militärdienst. Dies entspricht einer Prämie von 0.3% der gesamten in der Schweiz geleisteten Arbeitszeit. Der Bund entschädigt dabei die Arbeitgeber für den grössten Teil des Lohnausfalles. Mit der Service-Citoyen-Initiative kämen nun zusätzliche Belastungen hinzu.

- Rund doppelt so viele Menschen wie heute würden dem Arbeitsmarkt entzogen. Allein die Erwerbsersatzkosten würden um rund 800 Millionen Franken steigen und die Militärversicherung um zusätzliche 160 Millionen Franken. Die Rechnung bezahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.
- Auch auf die Kantone kämen Mehrkosten in Millionenhöhe zu, um die Einsätze in den vielen neuen möglichen Einsatzgebieten zu koordinieren.
- Hinzu kommt der Druck in den Betrieben. Die Schweizer Wirtschaft steht vor grossen Herausforderungen: Fachkräftemangel, hohe Lohnkosten, zunehmende Regulierung. Mit der Initiative würden doppelt so viele Personen am Arbeitsplatz fehlen, ohne Nutzen für unsere Sicherheit.
- Zu guter Letzt könnte ein solcher Dienst auch zu einer verstärkten Konkurrenzierung des freien Marktes und der in den entsprechenden Branchen tätigen Unternehmen führen.

Die Zeiten sind unsicherer geworden. Es herrscht wieder Krieg in Europa. Die Sicherheitslage verschärft sich praktisch täglich. Und es gibt wenig Anzeichen dafür, dass

sich diese Lage künftig verbessert. Deshalb ist es elementar, dass auch die Schweiz über eine starke Armee verfügt. Damit die Sicherheit heute, morgen und übermorgen garantiert ist – denn nur eine sichere Schweiz bleibt attraktiver Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensort. Dazu braucht es Verständnis und Unterstützung auch von Seiten der Unternehmen und der Arbeitgeber. Für einen x-beliebigen Einsatz ist das aber nicht gegeben. Deshalb sagen auch wir als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Nein zum Bürgerdienst-Zwang.